

LESER SCHREIBEN DER WZ

Leserbrief



als Betreiber einer Praxis mit angestelltem Arzt auftritt. Ein weiteres Detail ist zu erwähnen. Wir erleben eine zunehmende Feminisierung der Medizin. Das ist eine Folge der, im Vergleich zu den Jungen, deutlich besseren Schulkarrieren der Mädchen. Die jungen Ärztinnen setzen in ihrem Berufswahl mit zunehmender Zahl weiblicher Ärzte nimmt augenscheinlich die Bereitschaft zur Selbstständigkeit ab.

Horst Peter Arendt, Bad Fallingbostal

„Wir Bomlitzer sind es satt!“

Betr.: Artikel „Dow investiert zehn Millionen Euro“, 22. Juli

Das ist ja toll: Die neue Nitrozellulose-Anlage wird von außerhalb des Werkes zu sehen sein. Glückliches Bomlitz! Aber nein. Verehrte Firma Dow, bauen sie Ihre neue robotergelenkte Anlage und weitere Einrichtungen sonst wo hin, aber nicht in Bomlitz. Wir Bomlitzer sind es allmählich satt, Investitionen in Millionhöhe zu erleben, und der Gemeinde Bomlitz geht es dabei keinen Deut besser. Die Rendite der Investitionen wird aufgestockt, und die fleißigen Beschäftigten erleben dagegen in Bezug auf Lebenswerte kommunale Einrichtungen immer mehr Einschränkungen (Kindergärten, Walddbad, Bücherei...).

Welch ein Widerspruch. Angemessene Steuerzahlungen gehören eigentlich dazu, wenn ein Ort und die dort Wohnenden Ressourcen (Umwelt, Arbeitskräfte...) zur Verfügung stellen. Die Gemeinde sollte analog zur Firma am Ergebnis partizipieren. Denn die dort Beschäftigten sind es, die den Ertrag erarbeiten, und es wäre angemessen, wenn sie gemeindliche Angebote vorfinden, die erst durch entsprechende Steuerzahlungen möglich sind. Das Verhältnis der Entwicklung

von Industrie zur Gemeinde ist seit längerer Zeit gestört, nicht mehr symmetrisch. Es gibt reichlich private Gewinne in Amerika und eine öffentliche Unterversorgung hier vor Ort.

Heinz Steudle, Bomlitz

„Wieviel heile Welt wollt ihr denn noch kaputt machen?“

Betr.: Artikel „Asphaltmischwerk in Krelingen“, 22. Juni

Wir sind Krelingen-Fans seit fast 60 Jahren. Zahlreiche Urlaube und unzählige Wochenendtrips haben uns immer wieder in das, für uns schönste Dorf Deutschlands, geführt.

Das Geschehen in „unserem Dorf“ verfolgen wir durch persönliche Kontakte, sowie durch Berichte der „Walsroder Zeitung“ im Internet. Entsetzt waren wir über die Artikel, dass in unserem geliebten Krelingen ein Asphaltmischwerk entstehen soll.

Unsere Liebe zur Heide, speziell zu Krelingen, wurde bereits am 6. November 2014 in einem Artikel Ihrer Zeitung öffentlich gemacht. Seit 1958, bereits in der fünften Generation, sind wir regelmäßig zu Gast in Krelingen und Umgebung. Unzählige Geschichten verbinden uns mit der Heide. Diese alle aufzuzählen, würde eine Woche lang Ihre Zeitung füllen.

Anlässlich der letzten Baumpflanzaktion in Krelingen hat unsere Mutter ei-

nen Baum gespendet, zu dieser Aktion sind wir mit 28 Familienmitgliedern angereist.

Unsere Verbundenheit mit Krelingen manifestiert sich in dem Wegweiserschild auf dem Bummplatz. Hier hat die Dorfgemeinschaft einen Wegweiser nach Essen angebracht, den wir gemeinsam nach der Baumpflanzung eingeweiht haben.

Ich kann es einfach nicht glauben, dass genau auf der Wiese, auf der ich 1960 einen Achsbruch mit dem Trecker von Bauer Wehrs hatte, ein Asphaltmischwerk entstehen soll. Wieviel heile Welt wollt ihr denn noch kaputt machen? Ein Asphaltmischwerk bedeutet eine massive Beeinträchtigung der Lebensqualität für die Menschen in der Umgebung. Denn Asphaltmischwerke sind keineswegs unproblematische Anlagen. Gerüche, Giftstoffe, Feinstaub sowie Lärm rund um die Uhr sind die ständigen Begleiter dieser Betriebe.

Asphaltmischwerke sind äußerst energie-intensive Betriebe, die allen vorherigen Betenerungen zum Trotz aus Kostengründen mit Braunkohlenstaub befeuert werden. Braunkohle erzeugt bei der Verbrennung extrem viel klimaschädliches Kohlendioxid und enthält darüber hinaus hochgiftiges Quecksilber. Diese Stoffe werden nicht durch Filter aufgefangen.

Warum zähl ich hier auf, was Sie alle schon wissen und bestimmt vielfach diskutiert haben? Kommt dieses Asphaltmischwerk, dann vielleicht noch eine Müllverbrennungsanlage, eine Sondermülldeponie und und und..... wird der Heidekreis sicherlich um einige hundert Übernachtungen/Jahr ärmer werden. Denn krank werden können wir überall, und Lärm haben wir im Ruhrgebiet selbst genug, dafür brauchen wir nicht in die Heide zu fahren. Der Imageschaden für den gesamten Heidekreis wird gewaltig sein.

Die versprochenen 20 Arbeitsplätze sind auch anzuzweifeln. Ähnliche Werke zeigen, dass aufgrund der Automatisierung fünf Arbeitsplätze realistisch sind. Diese werden Spezialisten sein und sicherlich nicht aus der Region kommen.

Wenn die „Stadtväter“ in Walsrode sich über der Willen der Krelinger Bevölkerung hinwegsetzen und den Bau des Asphaltmischwerks zulassen, dann sollten wir auch aufhören Erdogan, Trump und co. zu kritisieren.

Ich würde den Krelingern gern einen etwas abgewandten Spruch der „68 Bewegung“ mit auf den Weg geben: Lasst nicht zu, was Euch und Eure Lebensgrundlage kaputt macht. Sagt uns rechtzeitig Bescheid, zur Demo reisen wir zahlreich an.

Rainer Schmitz, Essen, und 55 weitere Familienmitglieder, Freunde und Bekannte aus dem Ruhgebiet

Unkontrollierte Ausbreitung

Betr.: Leserbrief „Die Stille Mörderin“, 10. Juli

In diesem Artikel las ich von der verheerenden Wirkung dieses harmlos wirkenden Gewächses. Der Hinweis von Fachleuten, immer Handschuhe und einen Sack im Auto zu haben, um dem Kraut zu Leibe zu rücken zu können, sobald es irgendwo gesehen wird, mutet geradezu grotesk an.

Wenn man mit offenen Augen durch die Landschaft fährt, sieht man, dass sich gerade an Wegesrändern, wo nicht gemäht wird, dieses Kraut unkontrolliert ausbreitet. Es wäre also ein Leichtes, wenn die Straßenmeister diese Flächen, wie es früher üblich war, wieder mähen würde. Dagegen könnten auch die Naturschützer nichts haben, denn zuzusetzen, wie sich das Kraut ausbreitet, nun letztlich zu der Erkenntnis zu kommen, dass nur noch ein

Vorgehen mit der chemischen Keule dem Einhalt gebietet, wäre doch wohl auch nicht im Sinne der Naturschützer.

Brigitte Wiechers, Büchten

„Da muss es doch eine andere Lösung geben!“

Betr.: Artikel: „Wehr Hademstorf: Überweg wird gesperrt“, 24. Juli

Merkwürdig – genau dieses Wehr war im letzten Jahr über einen Zeitraum von mindestens drei Monaten wegen einer Komplettsanierung gesperrt. Und jetzt sind schon wieder Instandsetzungsarbeiten erforderlich?

Bei dieser Gelegenheit: Sowohl dieses Wehr als auch der Überweg an der Schleuse nach Bothmer werden ganz viel von Radfahrern und Spaziergängern mit Hunden genutzt. Seit der Instandsetzung ist die Überquerung mit Hunden kaum noch möglich, weil die aktuellen Sicherheitsvorschriften offene Gitterstreife erfordern. (Und hier streifen fast alle Hunde – entweder sie haben Angst oder bleiben in den Gitterrosten hängen). Diverse Versuche, ggf. mit Eigenmitteln (wir wollten einen kleinen Streifen Kunstrasen als Überquerungshilfe für die Vierfüßler anbringen) wurden vom Wasser- und Schiffsfahrtsamt Verden mit Hinweis auf eben diese Unfallverhütungsvorschriften abgewiesen.

Bei allem Verständnis für Arbeitssicherheit und Unfallverhütung – da muss es doch eine andere Lösung geben! Auf der einen Seite wollen wir eine Tourismusregion werden bzw. sein und auf der anderen Seite ist man so unflexibel? Ich verstehe das nicht und bin traurig, dass die Schleusensrunde damit nicht mehr zu unserem Standard-Gasst-Repertoire gehört!

Sabine Hartig, Hademstorf

als Betreiber einer Praxis mit angestelltem Arzt auftritt. Ein weiteres Detail ist zu erwähnen. Wir erleben eine zunehmende Feminisierung der Medizin. Das ist eine Folge der, im Vergleich zu den Jungen, deutlich besseren Schulkarrieren der Mädchen. Die jungen Ärztinnen setzen in ihrem Berufswahl mit zunehmender Zahl weiblicher Ärzte nimmt augenscheinlich die Bereitschaft zur Selbstständigkeit ab.

Am Montag den 24.7.17 lautet die Überschrift auf der ersten Seite der WZ, Kommunen wollen Ärzte in die Dörfen zwingen. Die gewählte Diktion wirkt mindestens befremdlich, das dahinterstehende Denken bewirkt Sorge, wenn man bedenkt, auf welche freizeithliche Grundordnung wir uns in der Verfassung geeinigt haben. Selbstverständlich muss das Problem der ärztlichen Versorgung ländlicher Regionen dringend gelöst werden. Der platten Argumentation des NSG-Präsidenten Trips, der Staat gebe viel Geld für die medizinische Ausbildung aus, um daraus die Verpflichtung junger Ärzte abzuleiten, auf dem Land arbeiten zu müssen, ist entgegenzuhalten, dass ein Medizinstudium den einzelnen Studenten immens viel Geld kostet und refinanziert werden muss.

Die Kassenärztliche Vereinigung hat 2016 ein Programm zur Förderung ländlicher Praxen aufgelegt. Dermais dazu findet man auf der Internetseite der KVN. Ich möchte anregen, dass die Kommunalen Spitzen von Bomlitz, Walsrode und Bad Fallingbostal die Gelegenheit suchen, sich eindeutig und unmissverständlich von der o.g. Überschrift zu distanzieren und den Stand der eigenen Bemühungen darzustellen, z.B. Kontakt mit dem Bildungsministerium, um zu erreichen, dass Studenten bevorzugt Studienplätze erhalten, die bereit sind, sich zu verpflichten, auf dem Land zu arbeiten. Zudem würde es interessant sein, ob es machbar sein könnte, dass eine Kommune

WZ-KLICK: LESERFOTO DER WOCHE



WZ-Klick



Gut getarnt: Diesen Falter hat Heinz Behrendt aus Bad Fallingbostal trotz seiner unauffälligen Farbe an einem Feld auf dem Altmühlradweg in der Nähe von Rotenburg ob der Tauber entdeckt. Das Bild mailte